



Themen in dieser Ausgabe:

- Zu den Wahlen in Griechenland und Frankreich
- Monarchentreffen auf Windsor Castle
- Das spanische Königspaar feiert seine goldene Hochzeit nicht
- Die ARD bittet *Corona*-Leser um Mithilfe
- Zehn Jahre Kampf um Afghanistan

Jahr 7, Ausgabe 7

20.05.12

Bezieher: 675

## Zu den Wahlen in Griechenland und Frankreich

In Griechenland und Frankreich wurde gewählt, worüber *Corona* bereits in [Ausgabe 95](#) berichtete. Beide Wahlen fanden gezwungenermaßen ohne royalistische Beteiligung statt. Bei den Parlamentswahlen in Griechenland war dies einem direkten Verbot der monarchistischen Partei [Nationale Hoffnung](#) geschuldet, während man gleichzeitig Parteien mit kommunistischen oder faschistischen Tendenzen zur Wahl zuließ. In Frankreich dagegen existiert ein ungerechtes Wahlsystem, welches 500 Unterschriften von französischen Bürgermeistern und anderen Repräsentanten des Staates zur Vorbedingung macht, um bei der Wahl des Präsidenten antreten zu dürfen. Da diese Repräsentanten des Staates in ihrer großen Mehrheit gleichzeitig auch Parteisoldaten sind, ist es ungeheuer schwierig, die notwendigen Unterschriften zu erzielen, wenn man keiner der etablierten Parteien angehört.



Keine [Nationale Hoffnung](#) für Griechenland: Monarchisten dürfen sich keiner Wahl stellen

Hat diesen Ländern das Fehlen royalistischer Gruppierungen genutzt? Bei Griechenland ist dies ganz offensichtlich nicht der Fall, denn von einer Regierungsbildung, Stabilität oder Verlässlichkeit gegenüber seinen Partnern ist das Land Lichtjahre entfernt. In mancher Hinsicht gilt dies jedoch auch für Frankreich: Für den Linksextremen *Jean-Luc Mélenchon*, welcher ein Konjunkturprogramm von mehr als 100 Milliarden € versprach, und die Rechtsradikale *Marine Le Pen*, welche damit warb, aus der Europäischen Union auszutreten, stimmten im ersten Wahlgang immerhin über 10 Millionen Franzosen. Auch viele Versprechungen des letztlichen Wahlsiegers *François Hollande* waren populistischer Natur. Die Neuverhandlung des Stabilitätspaktes, schuldenfinanzierte Wachstumspolitik oder eine Besteuerung hoher Einkommen mit 75% etwa sind kaum durchzusetzen und auch nicht sinnvoll. Schließlich steht selbst Deutschland nicht gut da, weil es sich auf nationaler Ebene und nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen vor allem auf Länderebene wahrscheinlich nicht an die eigenen Sparkriterien halten wird.

Alle Bestrebungen, Europa nach der Wirtschaftskrise etwas Stabilität zu geben, sind ernsthaft gefährdet, weil Parteipolitiker den Menschen Wahlversprechen machen, die sie nicht bezahlen oder einhalten können und sich dabei auf internationaler Ebene an eingegangene Verpflichtungen ihrer Vorgänger in keiner Weise gebunden fühlen. Kontinuität, Verantwortung und eine langfristige Vision von Politik, die der griechische *Kronprinz Paul unlängst fordert*, sehen anders aus.

Was könnte in einer Monarchie besser gemacht werden? Nun, ein Monarch muß vor allem nicht lügen, um in sein Amt zu kommen. Auch kann er durch die längere Amtszeit für etwas Stabilität und Kontinuität jenseits von Wahlzyklen sorgen und ist daher auch ein viel besserer Garant dafür, daß übernommene internationale Verpflichtungen eingehalten werden. All dies ist heute in Frankreich und Griechenland kaum gegeben und insofern hat diesen Ländern der Ausschluß der Royalisten von den Wahlen geschadet.

L.R.

## Monarchentreffen

Was am Freitagabend auf Windsor Castle geschah, wird für lange Zeit einmalig bleiben: Fast alle regierenden Monarchen der Welt versammelten sich anlässlich des 60. Thronjubiläums von *Königin Elizabeth II.* Sicher, in London standen vor Buckingham Palace 20 Demonstranten, die für eine Republik plaidierten und sich gegen den [König von Bahrain](#) als geladenen Gast aussprachen, aber loyale Bahreinis hielten proroyalistische Plakate in Windsor in die Fernsehkameras. Beide Demonstrationen sind legitim und charakteristisch für eine konstitutionelle Monarchie. In den meisten Republiken wären die promonarchistischen Kundgebungen untersagt worden.

Auf dem Photo sitzen zur Linken der Monarchin *König Simeon II. der Bulgaren*, zur Rechten *König Michael I. von Rumänien* und *König Konstantin II. der Hellenen*. Sie sind keine regierenden Monarchen mehr, aber es ehrt die Königin, daß sie sich politischem Druck widersetzt und die Könige ohne Krone zu den Festlichkeiten einlud. Die griechische Regierung fand in all ihrem Finanzchaos die Zeit, gegen die Teilnahme ihres Monarchen zu [protestieren](#). Vergeblich: König Konstantin blieb auf der Gästeliste.



Im [englischsprachigen Wikipedia](#) findet sich die klassische Begründung für die britische Einladung an die gegenwärtig nicht regierenden Monarchen: *Ein König ist so lange König bis er sagt, er sei nicht mehr König. Ihre Titel verschwinden nicht, auch wenn man ihnen Macht und Privilegien nimmt.* In der Fernsehdokumentation [Constantine: A King's Story](#) erklärt ein orthodoxer Priester, daß *Konstantin* 1964 zum König gesalbt wurde. Durch die Weihe bleibe er immer König. H.S.

## Das spanische Königspaar feiert seine goldene Hochzeit nicht

### Die ARD bittet Corona-Leser um Mithilfe

Das ARD Auslandsstudio in London trat mit einer Bitte an die Corona-Redaktion heran, die wir an die Leser weiterleiten. Die ARD plant eine Sondersendung zum Thronjubiläum am 3. Juni und sucht noch nach deutschen Touristen, die zum Jubiläum der Königin nach London reisen.

Gesucht wird nach Deutschen, die Lust haben, dem ARD-Korrespondenten in einem Live-Interview zu erzählen, was sie an diesem Ereignis besonders finden und warum sie angereizt sind.

Interessenten können sich direkt mit Rabea Gorny [r.gorny\\_fm@ndr.de](mailto:r.gorny_fm@ndr.de) in Verbindung setzen oder von der Corona-Redaktion weitere Details (Telefonnummer bzw. Adresse) erfragen.

Und wieder liest man über Spanien und die Monarchie, zumindest in den deutschen Medien. Nachdem *König Juan Carlos I.* auf Einladung des *Königs von Saudiarabien* in Botswana an einem Jagdausflug teilgenommen hat und dabei gestürzt war, ist jetzt die große Nachricht, daß er seine goldene Hochzeit mit *Königin Sofia* nicht feiert. In dem einen Fall war der Vorwurf, der König würde in Zeiten der Wirtschaftskrise öffentliche Gelder verschwenden, was falsch ist, da er ja eingeladen wurde. Will er nun Bescheidenheit demonstrieren, lautet der Vorwurf, er würde den Staat nicht vernünftig repräsentieren. Der republikanischen Presse kann ein Monarch es natürlich nicht recht machen, egal was er tut. Das Traurige ist aber, daß die deutsche Presse mit Ausnahme der FAZ fast geschlossen von der republikanischen Presse in Spanien abschreibt und so ein völlig verzerrtes Bild entsteht, denn in Spanien ist es durchaus nicht mehrheitsfähig, den König aufgrund des Verzichts eines festlichen Begehens der goldenen Hochzeit zu kritisieren.

Daß die deutschen Journalisten, wenn es um Spanien geht, aus Medien des linken Randes kopieren, konnte

man beim Fall um den Richter *Baltasar Garzón* sehen. In einem politisierten Prozeß um Korruption, in welchem auch Mitglieder der konservativen Volkspartei (*Partido Popular*) zu den Beschuldigten gehörten, hatte er rechtswidrig Gespräche von Angeklagten mit ihren Anwälten abhören lassen. Dies gab *Garzón* vor Gericht zu und ihm wurde dafür ein Berufsverbot für elf Jahre erteilt. In der deutschen Presse war jedoch zu lesen, daß die spanische Justiz ein politisches Urteil gegen einen unbequemen Richter gefällt habe.

Für denjenigen, der dieser Tage etwas über *König Juan Carlos I.* liest, sollte gelten: Man soll nicht alles glauben, was in der Zeitung steht. L.R.



14. Mai 1962 in Athen.

## Zehn Jahre Kampf um Afghanistan

Nach mehr als zehnjähriger Besetzung Afghanistans rüsten sich die westlichen Truppen zum Abzug. Sie geben es nicht zu, aber es ist eine Niederlage, denn die afghanischen Verhältnisse haben sie zermürbt. Zuvor scheiterten britische, russische oder sowjetische Versuche, das Land zu kolonisieren. In der letzten Woche vergab die Bundesregierung erneut Kredite an einen abgewirtschafteten Statthalter in Kabul. *Hamid Karsai* unterzeichnete in Berlin ein „Partnerschaftsabkommen“ für die Zeit nach dem Ende des internationalen Kampfeinsatzes am Hindukusch 2014 und dem Abzug der Bundeswehr. In dem Vertrag sagt Deutschland die Zahlung von jährlich 150 Millionen € für den Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte zu. Zusammen mit der zivilen Hilfe werden damit pro Jahr knapp 600 Millionen € aus Deutschland nach Afghanistan fließen.

Im April 2002 wurde *König Mohammed Zahir Shah* erlaubt, in sein Heimatland zurückzukehren, das er 1973 erzwungenermaßen verlassen hatte. Die Umstände unter denen ihm verboten wurde, als Monarch zur Heilung der Kriegswunden seines geschundenen Landes beizutragen, zeigen exemplarisch die Fehleinschätzung der Westmächte. Sie beschleunigen ihren Abzug, der früher oder später zur erneuten Machtübernahme der Taliban führen wird. Noch während des Kriegs gegen das Talibanregime wurden auf dem Petersberg bei Bonn vom 27. November bis 5. Dezember 2001 „Talks on Afghanistan“ veranstaltet. Vertreten waren neben Monarchisten Modjaheddihn-Gruppen und die Nordallianz. Die starke Präsenz von 20 US-Vertretern kündete von deren Einflußnahme auf Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen. Als Mitarbeiter der Ölgesellschaft Unocal (heute Chevron) galt *Hamid Karzai* als US-Wunschkandidat. Auf

dem Petersberg wurde er in Abwesenheit zum Regierungschef bestellt. Die USA blockten alle ihnen nichtgenehmen Pläne ab. *König Mohammed Zahir Shah*, der als Integrationsfigur bei der Befriedung eine Rolle hätte spielen können, wurde samt seinen Anhängern marginalisiert. Auf der Grundlage der Petersberger Beschlüsse wurde die Loja Djerga im Frühjahr 2002 vorbereitet. Die USA gaben nach FAZ-Angaben zehn Mio. \$ aus, um Stimmen für ihren Wunschkandidaten zu kaufen. Die Rückkehr *König Mohammeds*, der wieder Staatsoberhaupt werden wollte, aus dem römischen Exil wurde auf Intervention von US-Präsident *George Bush* bei *Silvio Berlusconi* verschoben, um seine Anwesenheit im Vorfeld der Loja Djerga zu verkürzen. Trotzdem: „Mehr als 800 Delegierte hatten vor Beginn der Loja Djerga für ihn als möglichen Staatschef gestimmt“ (*Die Welt*, 15.6.02). *Bushs* Sonderbotschaft *Zalmay Khalilzad* verkündete in der US-Botschaft in Kabul des Königs Verzicht auf eine Kandidatur. Der EU-Parlamentarier *Elmar Brok* forderte eine neue Afghanistan-Konferenz, um *Zahir Shah* und den Kronprinzen sowie paschtunische Stammesführer in die Verhandlungen einzubeziehen. Umsonst! Erst nachdem die Kandidatenfrage im Sinne der USA geklärt war, nahm die Djerga am 10. Juni 2002 ihre Arbeit auf. Das Ergebnis ist das bis heute andauernde Desaster *Karzai*.

Jetzt ziehen sich die westlichen Truppen aus dem Hindukusch zurück und verlassen ein Land, das mehr denn je zerrissen ist. Traurig der Preis, den Tausende junger Menschen gezahlt haben, die getötet wurden oder körperliche und seelische Wunden erlitten, die sie für den Rest ihres Lebens zeichnen - nur weil sich verbohrt Republikaner nicht mit einem monarchischen Konzept anfreunden wollten, das eine Friedenschance bot. H.S.

### C. G. Jung:

Wer die großen historischen Symbole verloren hat, vor dem gähnt das Nichts.

### Tage:

24. Mai 1889: Bismarcksche Sozialgesetzgebung zur Alters- und Invalidenversicherung.

26. Mai 1940: Prinz Wilhelm, ältester Sohn des Kronprinzen Wilhelm, stirbt nach schwerer Verwundung, die er beim Frankreichfeldzug erlitt.

### Impressum:

**Herausgeber:** Bund aufrechter Monarchisten, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com)

**Autorenverantwortung:** Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

**Erscheinungsweise:** Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

**Bezugsweise:** Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen aller Corona-Ausgaben: <https://coronanachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](https://www.facebook.com/coronanachrichten)

**Copyright:** Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com); Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19. Mai 2012